

Konzept und Aufgabenbereich des Runden Tisches

Der Gedenk Anlass für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen vom 11. April 2013 war der Start zu einer Auseinandersetzung mit einem wichtigen Kapitel der schweizerischen Sozialgeschichte. Der Runde Tisch soll ein Gremium zu einer umfassenden Aufarbeitung von Leid und Unrecht im Zusammenhang mit den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen sein. Der Delegierte des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen hat den Auftrag, zu einem Runden Tisch einzuladen, diesen zu leiten und zusammen mit den Betroffenen und involvierten Kreisen Lösungsvorschläge für die anstehenden Fragen zu erarbeiten. Die Arbeiten des Runden Tisches sind wenn möglich bis Ende 2014, spätestens bis Mitte 2015, abzuschliessen.

Der Runde Tisch soll die Aufarbeitung der historischen, juristischen, finanziellen, gesellschaftspolitischen und organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen initiieren, begleiten und koordinieren. Damit soll sichergestellt werden, dass die involvierten Behörden, Institutionen und Organisationen ihre Verantwortung gegenüber den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wahrnehmen können.

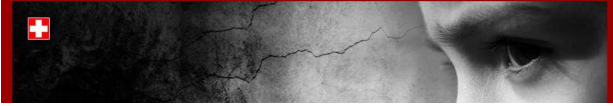
Die Aufarbeitung beinhaltet insbesondere folgende Bereiche:

Historische Aufarbeitung

Der Runde Tisch gibt Empfehlungen zur Art der historischen Aufarbeitung ab. Er lässt sich regelmässig über den Stand der historischen Aufarbeitung und die Folgerungen daraus informieren. Der Runde Tisch wird im Rahmen einer Präsentation allfälliger Ergebnisse der historischen Aufarbeitung einbezogen.

Rechtliche Aufarbeitung

Es ist aufzuzeigen, welche rechtlichen Fragen zu klären sind. So geht es unter anderem um eine Übersicht über die rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten in den verschiedenen Bereichen der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Allfällige rechtliche Fragen zur Akteneinsicht, zur Aktensicherheit und zum Datenschutz sind zu klären. Schlussendlich ist auch eine rechtsvergleichende Darstellung der Aufarbeitung der Fragen im Zusammenhang mit Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in anderen Ländern notwendig.



Gesellschaftspolitische Aufarbeitung

Das Bewusstsein der heutigen Gesellschaft soll für das Leid und Unrecht, das gegenüber den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen verübt wurde, geschärft werden. Dies ist entsprechend zu kommunizieren und dokumentieren.

Finanzielle Fragen

Finanzielle Fragen im Zusammenhang mit den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen sind zu prüfen. Auch sind die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten im heutigen Sozialhilfesystem auszuloten.

Anlaufstellen

Ein gutes Funktionieren der Anlaufstellen und der Einsichtsmöglichkeiten in die Archive ist sicherzustellen. Im Weiteren nimmt sich der Runde Tisch auch generellen Fragen an, die sich bei den Anlaufstellen durch die Kontakte mit den Betroffenen regelmässig ergeben.

13. Juni 2013